

Borken/Kreis (pet). 28 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen - so



Östlich der A 31 (rechts) soll ein 57 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet entstehen.
(Foto: BZ-Archiv)

lautete das Ergebnis der geheimen Abstimmung am Mittwochabend im Borkener Rat zum interkommunalen Gewerbepark an der A 31. Es ist ein mehrteiliger Beschluss: einerseits das Ja zur Beibehaltung des Zweckverbandes mit Heiden und Reken, und zudem ein Ja dazu, der Forderung der Bürgerinitiative, den Zweckverband aufzulösen, nicht zu folgen.

Ausführlich hatte Martin Hillenbrand, Sprecher der Initiative, nochmals den Einwohnerantrag begründet und Argumente gegen das geplante, 57 Hektar große Gewerbegebiet an der A 31 vorgetragen. Neben einem „ökologischen Desaster“ drohe auch ein wirtschaftliches Fiasko, fürchtet die Initiative. Mit 62,6 Hektar habe Borken langfristig genug freie Gewerbe-

fläche.

Dem widersprach Bürgermeister Rolf Lührmann: Für den „Planungshorizont“ bis 2025 ergebe sich nach der so genannten Gifpro-Methode ein Bedarf von 9,1 Hektar. Der Borkener Anteil am Gewerbepark und die Kaserne seien dabei schon inbegriffen.

Der Gewerbepark widerspricht aus Sicht der Initiative dem Klimaschutz und dem landespolitischen Ziel, sparsam mit der Fläche umzugehen. Trotz grünen Lichts des Landes habe NRW-Umweltminister Uhlenberg diese Planung mehrfach kritisiert, so Hillenbrand.

Die Eingriffe in Natur und Landschaft seien vertretbar, erklärte hingegen Lührmann. Im übrigen sei die Kernforderung der Initiative, den Zweckverband aufzulösen, gar nicht mehr erreichbar, so der Bürgermeister. Laut Satzung sei dafür in der Zweckverbandsversammlung eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Die Gemeinden Reken und Heiden mit zusammen 50 Prozent hatten den Einwohnerantrag aber bereits abgewiesen. Hillenbrand sprach darauf von einem „Planungsmoratorium“. Nötig sei ein Aufschub, um offene Fragen zu klären und Alternativen zu prüfen.

„Uns fehlen noch viele Antworten“, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Frank Richter. Trotzdem wolle man der Idee „heute nicht die Absage erteilen“. Die CDU werde sich aber „sehr kritisch“ mit der Wirtschaftlichkeit und Ökologie auseinandersetzen.

Die SPD stehe mehrheitlich zum Projekt, unterstrich Klaus Bunse. „Ein Kommunalpolitiker muss auch dafür sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden.“ Die von der Bürgerinitiative skizzierten Einschränkungen (Wasser- und Immissionsschutz) erleichterten noch die Zustimmung, „weil eben nicht alles machbar ist“.

Helga Gliem (Grüne) begründete den vor zwei Jahren vollzogenen Schwenk ihrer Partei vom Ja zum Nein. „Wir zweifeln die Wirtschaftlichkeit immens an.“ Den diesbezüglichen Antrag von Grünen und CDU vom Februar hätte die Verwaltung immer noch nicht beantwortet.

Während sich Brigitte Ebbing (UWG) und Günther Dirks (FDP) für den Gewerbepark aussprachen, sagte Uwe Klemm-Terfort (Freie Wähler): „Ich verabschiede mich von diesem Projekt.“

Nach der Ratssitzung äußerte sich Hillenbrand dennoch zufrieden. Die Einstimmigkeit sei nun auch im Borkener Rat nicht mehr da. Und in den Äußerungen der Fraktionen habe er eine „zunehmend kritische Haltung“ erkannt.